Kommentar

Die Angst vor Verzicht

Die Lage ist bescheiden, die Stimmung noch schlechter. Wie wäre es mit Anpacken?

Von Reiner Ruf

Armut macht findig. Winfried Kretschmann benutzt das Aperçu mit der Lust an der Provokation; der baden-württembergische Ministerpräsident liegt nicht falsch: Kargheit zwingt zur Kreativität. Das Land, das der Grüne regiert, war einst arm an Gütern, nicht aber im Geist. Der Verstand musste hervorbringen, was die Natur versagte. Wohlstand entstand. Davon kündet der Mythos vom Land der Dichter und Denker, der Tüftler und Erfinder.

Nun nistet sich allerdings der Zweifel in den Gemütern ein. Der Wohlstand scheint in Gefahr zu sein, nein, er ist auch tatsächlich angefochten – jedenfalls in jener stetigen Aufwärtsbewegung, die seit Jahrzehnten als selbstverständlich galt.

Indes überrascht die Überraschung, mit der die Probleme zur Kenntnis genommen werden. Die Exportabhängigkeit des Landes und seiner Industrie wird schon seit langem zumindest kritisch diskutiert, was aber zu nichts führt, so lange der Euro (respektive der Dollar) noch rollt. Die Stärke des deutschen Wirtschaftsmodells gründet überwiegend in Technologien, deren Ursprünge mehr als hundert Jahre zurückreichen. Bekannt ist auch, dass eine Gesellschaft, die mangels Kindern altert und schrumpft, bei nachlassender Produktivität Wohlstandsverluste hinzunehmen hat; es sei denn, sie akzeptiert Zuwanderung, die aber über die Integrationskosten auch nicht zum Nulltarif zu haben ist.

Der Klimawandel schließlich, der aktuell mit bestürzender Ignoranz aus dem Bewusstsein geschoben wird, wird künftig so oder so viel Arbeit und Investitionen beanspruchen. Besser wäre es, das Geld für die Prophylaxe aufzuwenden als für die Beseitigung von Schäden. Der baldige Kanzler Friedrich Merz hat in seinem Wahlkampf die Klimapolitik, wenn überhaupt, dann als Gefahr behandelt. Gegen eine Politik des Verbots brachten Union und Liberale Technikoffenheit und eine CO_2-Bepreisung in Anschlag. Was davon übrig bleibt, wird sich zeigen, wenn die Spritkosten tatsächlich schmerzhaft ansteigen.

Dennoch: Derzeit liegt – aufs Ganze gesehen – ein bisschen viel Apokalyptik in der Luft. Baden-Württemberg ist in der Wissensökonomie nicht blank, im Gegenteil, das Land muss seine Spitzenforschung nur besser vom Himmel der Ideen in die Fabrikhallen bringen. Gleichwohl wird die Transformation Verlierer hervorbringen. Das ist politisch gefährlich. Wir leben in einer Welt, die vom Geist des Kapitalismus durchdrungenen ist. Sie ist bestimmt vom Prinzip der individuellen Nutzenmaximierung und dem Anspruch auf jedweden Konsum, sofort und überall.

Nicht der teilhabende Staatsbürger à la Kretschmann ist das Leitbild, sondern die Einkaufssouveränität des kreditkartenbewehrten Konsumenten. Die Rede von Verzicht, Verbot und Verlust ist gesellschaftlich verfemt, denn sie evoziert Verdruss und macht aggressiv. Wer davon spricht, setzt sich dem Vorwurf aus, ein Ideologe zu sein.

Das Gefühl, dass es gerecht zugeht: das wäre ein Heilmittel für die Wunden einer gestressten Gesellschaft. Im zurückliegenden Bundestagswahlkampf wurde der Eindruck geschürt, Flüchtlinge und Empfänger von Bürgergeld seien die Ursachen dafür, dass es ungerecht zugehe. Das ergibt ein bestenfalls sehr unvollständiges Bild.

In Deutschland herrscht eine große Ungleichheit der Vermögen, auch hierzulande entkoppeln sich Spitzeneinkommen vom Leistungsprinzip. Arbeit wird höher besteuert als Kapital. Eine Generation von Erben wächst heran, die gesegnet ist mit anstrengungslosem Reichtum. Für sie ist die Wohnungskrise kein Thema, Bildung wird privat zugekauft.

Aus der Beletage der Gesellschaft sind viele Mahnungen zu hören, die Deutschen müssten sich wieder mehr anstrengen, statt nur noch auf die Work-Life-Balance zu schauen. Fruchten werden diese Appelle allenfalls dann, wenn alle ihren Beitrag leisten.

BaWü-Check

Lieber höher verschulden als sparen

Woher soll der Staat in der Krise das Geld holen? Die Baden-Württemberger haben spezielle Prioritäten.

Von Matthias Schiermeyer

Die dichte Folge von Krisen, die innen- und außenpolitischen Verwerfungen, die Tristesse der Wirtschaft – all das hinterlässt tiefe Spuren im Bewusstsein der baden-württembergischen Bevölkerung. Allgemeine Befürchtungen nehmen drastisch zu, die Hoffnungen auf eine Rückkehr zu guten Zeiten schmelzen dahin.

Somit wächst die Skepsis bezüglich der Leistungsfähigkeit der Republik. Denn immer mehr Menschen glauben, dass diese insgesamt ihre besten Jahre hinter sich hat. 43 Prozent der für den neuen BaWü-Check Befragten meinen, dass Deutschland seinen Zenit überschritten habe – eine Minderheit von 38 Prozent widerspricht, wie das Institut für Demoskopie Allensbach feststellt.

Eine Mehrheit hält den Verzicht auf Neuverschuldung für nicht zeitgemäß

Auch die finanzielle Lage des Landes Baden-Württembergs wird weitaus negativer eingeschätzt als noch vor wenigen Jahren. Nur noch jeder Dritte glaubt, dass das Land finanziell in einer komfortablen Situation ist, während 54 Prozent das Verhältnis von Einnahmen und Schulden kritisch sehen.

Wie raus aus dieser Falle der Geldnot? Es wird heiß diskutiert: einerseits über neue gigantische Investitionsfonds und die Reform der Schuldenbremsen, andererseits über Sparpotenziale. Die Ampelregierung ist an dieser Frage zerbrochen. Diese Debatte könnte bald verstärkt auf die baden-württembergische Ebene hinüberschwappen. Im BaWü-Check setzt sich nur gut jeder Dritte dafür ein, dass das Land am Ziel festhalten sollte, keine neuen Schulden aufzunehmen. 50 Prozent meinen trotz der Belastung künftiger Generationen, dass die Schuldenbremse den Herausforderungen nicht gerecht wird und die Neuverschuldung in bestimmten Bereichen erhöht werden könne.

Investieren ist demnach das Gebot der Stunde. Die große Mehrheit benennt zahlreiche Bereiche mit großem Bedarf, aber nur wenige, wo Einsparungen für möglich gehalten werden – die Neigung, das knapper werdende Geld zusammenzuhalten, ist gering ausgeprägt. Demnach sollten Land und Kommunen vor allem in Gesundheitseinrichtungen (das befürworten 93 Prozent), die Ausstattung von Schulen (91), Kindertagesstätten (86), die Ausstattung der Polizei sowie den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur (je 81) und den Wohnungsbau (76) investieren.

In lediglich drei (kleineren) Bereichen befürwortet die Mehrheit der Befragten Einsparungen: in lokalen Klimaprojekten wie dem Ausbau von Radwegen, der Unterstützung von Sportvereinen und der Förderung von Theater und Museen. Die Bereitschaft, bei Kultureinrichtungen Abstriche zu machen, entspricht einem größeren Trend.

In den Kommunen ist die Schuldenlast insbesondere durch neue und vom Bund beschlossene Aufgaben angewachsen. Zugleich haben die Bürger wenig Vertrauen in die Sparpolitik der Städte und Gemeinden. Lediglich 28 Prozent trauen den Kommunalpolitikern zu, über geeignete Sparmaßnahmen zu entscheiden; 42 Prozent haben auf diesem Feld nur ein begrenztes Vertrauen, 17 Prozent kaum oder gar kein Vertrauen.

Sparmaßnahmen vor Ort hält die Mehrheit nicht für hinnehmbar

Diese Skepsis hat damit zu tun, dass es kaum Sparmaßnahmen auf kommunaler Ebene gibt, die in der Bevölkerung breite Unterstützung finden. Noch am ehesten hält sie es für akzeptabel, wenn in ihrer Region Großveranstaltungen wie Stadtfeste abgesagt werden (35 Prozent), Ämter und Behörden ihre Öffnungszeiten einschränken (33) und Theater geschlossen werden (25). Jeder Fünfte hält es für vertretbar, Fördermittel für Vereine und soziale Projekte zu streichen. Es sind aber immer nur kleinere Bevölkerungsanteile, die derlei Kürzungen im wohnortnahen Bereich als sinnvoll erachten. Und mehr als jeder Vierte hält keine der vorgeschlagenen Kürzungsmöglichkeiten für akzeptabel.

Erheblich größer ist die Sparfreude der Bürgerinnen und Bürger, wenn es nicht um Angebote und Dienstleistungen geht, die sie direkt betreffen, sondern um strukturelle Eingriffe – etwa die Verkleinerung des Landtags (62 Prozent Zustimmung), die Zusammenlegung von Ministerien (60) oder von kleinen Gemeinden oder Landkreisen (45). Während den Baden-Württembergern also durch die Reform des Wahlrechts bei der Landtagswahl 2026 eine deutliche Erhöhung der Abgeordnetenzahl droht, zeigt sich hier der klare Trend für eine gegensätzlich wirkende Reform. Ein genereller Abbau von Personal in der öffentlichen Verwaltung wird dagegen zurückhaltend bewertet: Lediglich jeder Dritte könnte sich damit anfreunden.

Viel Brisanz birgt die Idee, bei den Staatsdienern zu kürzen, denn deren Besserstellung in mancherlei Hinsicht ist in der Bevölkerung ein heißes Eisen. Konkret gefragt wurde: „Beamte haben gegenüber Angestellten bestimmte Privilegien, zum Beispiel bezahlen sie keine Renten- oder Arbeitslosenbeiträge und erhalten eine staatliche Pension, die in der Regel höher ausfällt als die gesetzliche Rente. Wie stehen Sie dazu?“

Beamtenprivilegien sind der Mehrheit der Befragten ein Dorn im Auge

Die Privilegien für Beamte abzuschaffen, weil es „nicht gerechtfertigt und nicht mehr zeitgemäß“ sei, dass Beamte gegenüber Angestellten bessergestellt sind, findet bei einer deutlichen Mehrheit von 66 Prozent Rückhalt – während 23 Prozent es befürworten, Beamte besser zu stellen, weil der Staat „darauf angewiesen ist, gut ausgebildete Leute zu bekommen und als Arbeitgeber attraktiv zu sein“. Die Bewertung ist sehr altersabhängig: Je älter die Befragten, desto stärker ist der Wunsch, bei den Staatsdienern Abstriche vorzunehmen. Bei den unter 30-Jährigen halten sich die Befürworter und Gegner der Privilegien die Waage.

Die Bereitschaft, sich selbst einzuschränken, ist bei den Befragten bedingt vorhanden: So halten sich 60 Prozent insbesondere bei Restaurantbesuchen zurück, was mit einem Rückgang der Umsätze in der Gastronomie korrespondiert. Seit 2022 haben die die Selbstbeschränkungen in dem Bereich zugenommen. Jeder Zweite spart bei den Ausgaben für Urlaub und Reisen, wenngleich die Tourismusbranche für das vorige Jahr neue Höchststände vermeldet und mit Zuversicht auf das Jahr 2025 schaut.

Fast jeder Zweite (jeweils 47 Prozent) hält sich beim Kauf von Kleidung sowie beim Besuch von Veranstaltungen und Freizeitaktivitäten zurück. Jeweils 42 Prozent berichten von Einschränkungen des Heizungs- und Stromverbrauchs; 36 Prozent versuchen, Spritkosten zu senken – deutlich weniger als noch vor drei Jahren. Ebenso 36 Prozent sparen bei Lebensmitteln, 37 Prozent bei Genussmitteln wie Alkohol, Zigaretten und Süßigkeiten – nur 27 Prozent bei ihren Hobbys.

Insgesamt, so resümieren die Meinungsforscher vom Bodensee, zeigt sich das Konsumklima verhalten; es sei offen, ob sich in der Gemengelage von Krisen, Risiken und Transformationsprozessen in absehbarer Zeit eine echte Verbesserung ergeben wird.

Mehr als 40 Prozent sehen ihre eigene wirtschaftliche Lage ziemlich positiv

Bemerkenswert ist – womit der BaWü-Check andere Erhebungen bestätigt –, dass die Menschen ihre eigene wirtschaftliche Lage noch als relativ günstig erachten: Immerhin 44 Prozent bewerten diese als (sehr) gut. 39 Prozent halten ihre wirtschaftliche Lage noch für erträglich. Und nur jeder Fünfte sieht sich in einer schlechten Situation.

Das persönliche Empfinden ist offenkundig besser als die auch von Politik und Medien geschürte Negativstimmung. Wenn sich also insgesamt der Wind dreht, dann könnte auch die persönliche Zuversicht rasch wieder zum Tragen kommen.

Restaurantbesuche stehen auf der Sparliste der Bürger ganz oben. Foto: Jdpa/Jens Kalaene

BAWÜ-CHECK

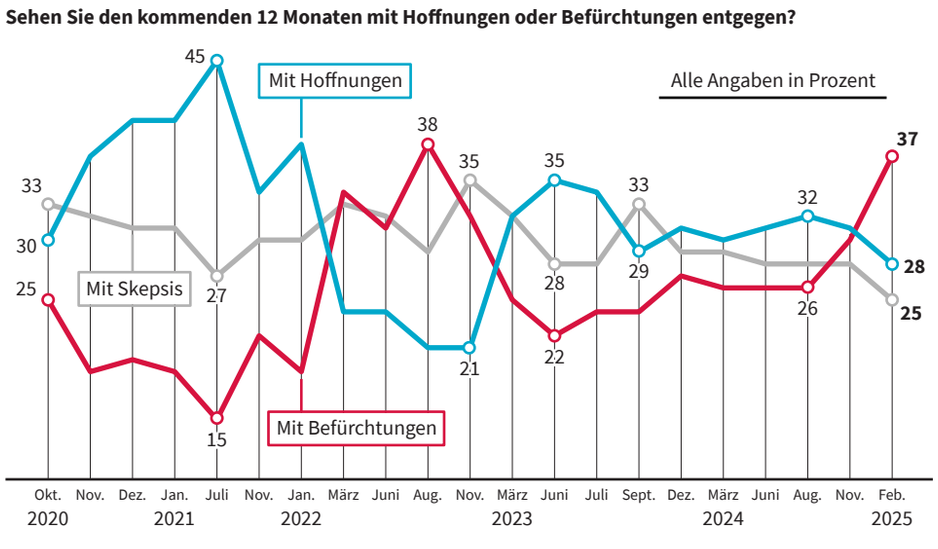
Basis Der BaWü-Check ist eine Umfrage von Zeitungen im Südwesten, die das Institut für Demoskopie Allensbach durchführt. Insgesamt beteiligen sich 45 Zeitungsverlage.

Zeitraum Vom 5. bis 14. Februar 2025 wurden in Baden-Württemberg 1022 Menschen in einem repräsentativen Querschnitt der baden-württembergischen Bevölkerung ab 18 Jahren befragt. Die Befragten sind Mitglieder eines Online-Panels, die Stichprobe wurde durch eine nach Geschlecht, Alter, Schulabschluss und Regierungsbezirk geschichtete Zufallsauswahl gezogen. Die Stichprobe wurde gewichtet, dabei orientierte man sich am Mikrozensus 2023.

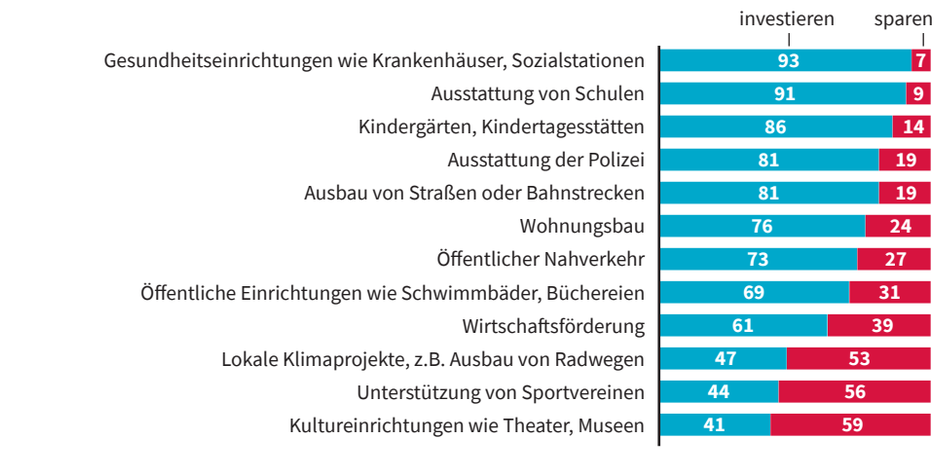
Fragebogen Die für die Befragung ausgewählten Personen bekamen per E-Mail eine Einladung zur Teilnahme und füllten einen Online-Bogen mit den Fragen aus. *red*

DIE FINANZLAGE BEDRÜCKT DIE MENSCHEN IM LAND ZUNEHMEND

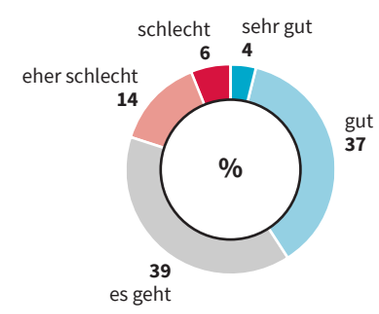
Sehen Sie den kommenden 12 Monaten mit Hoffnungen oder Befürchtungen entgegen?



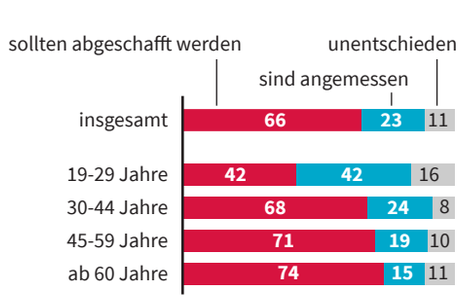
In welchen Bereichen sollte Baden-Württemberg investieren und in welchen sparen?



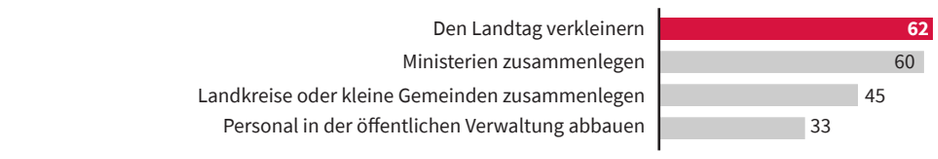
Wie beurteilen Sie Ihre eigene wirtschaftliche Lage?



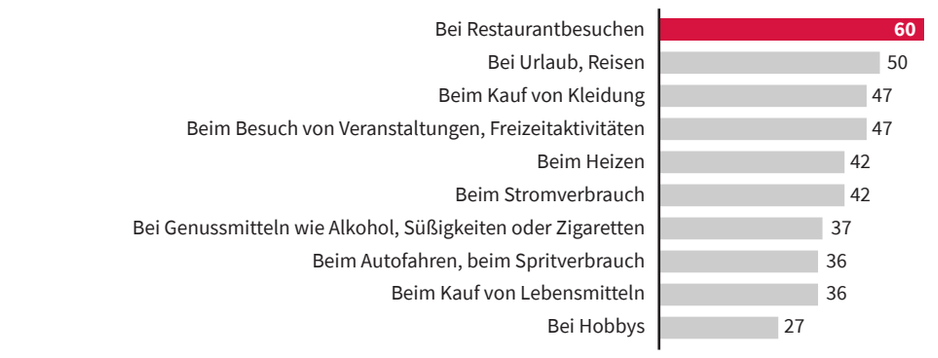
Wie stehen Sie zu den Privilegien für Beamte gegenüber Angestellten?



Welche der folgenden Strukturreformen zum Einsparen von Geld halten Sie für sinnvoll?



Gibt es Bereiche, in denen Sie sich persönlich derzeit einschränken?



Grafik: Biwer Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6184/IV

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Stuttgarter Zeitung Verlagsgesellschaft, Stuttgart
Eine Dienstleistung des SZ-Archivs
yeiting
301.0..STZ20250305S10104394